

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Derzeitungsabnehmern und in allen Abteilen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis, per Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle: Unterbühlstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 15690
Erscheinungszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitage von 18 bis 19 Uhr literarische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die neu zumal getragene Nonpareilgröße oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Anzeigenzeitung an den dreispaltigen Teil eines Zeitungsblatts 1,50 RM. Anzeigenannahme montags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Unterbühlstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 14. April 1930

Nummer 88

Die Sozialdemokratie rettete Brüning

Zoll- und Steuerraub des Bürgerblock-Kabinetts mit 11 Stimmen Mehrheit angenommen / 25 SPD-Abgeordnete fehlten, 14 waren vom Parteivorstand abkommandiert worden — Eugenbergs-Fraktion gespalten

Heute Entscheidung in dritter Lesung

Dresden, den 14. April.

Bei der zweiten Lesung des entscheidenden Antrages der Regierungsparteien auf gemeinsame Beratung und Infragestellung der Steuer- und Zollgesetze erhielt die Regierung am Sonntagabend nur die knappe Mehrheit von 217 zu 206 Stimmen. Das Bürgerprogramm des Hungers und der Ausbeutung wurde also durch ganze 11 Stimmen gerettet. Diese Mehrheit wurde erreicht, weil 25 sozialdemokratische Abgeordnete, von denen nur 11 entschuldigt waren, vom Fraktions- und Parteivorstand abkommandiert waren. Denn als Konsequenz einer Regierungsänderung würde der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen würden der SPD eine schwere Niederlage bringen.

Die endgültige Entscheidung darüber, ob die Bürgerblockregierung im Parlament gestürzt wird, fällt heute in der dritten Lesung bei der Abstimmung über die Steuer- und Zollgesetze. Es ist wahrscheinlich, daß eine der ineffizienten Flügelparteien des Bürgerblocks, die Deutschnationalen

oder die Sozialdemokraten, abermals Abkommandierungen vornehmen werden. Schon deutet die demokratische Presse an, daß nach Beratung der Gesetze die Wiederaufrichtung der Großen Koalition wünschenswert sei. Und das Zentralorgan der SPD kommentiert in seiner Sonntagsausgabe dieses Angebot: „Die Bürgerblockregierung so bald als möglich zu befeitigen und durch eine bessere zu ersetzen, muß fortan das Ziel aller unserer politischen Kämpfe sein.“

Die ganze Scheinopposition der SPD richtet sich also keineswegs gegen den Youngplan mit seinen Massensteuern und Zollerhöhungen, sondern gegen die Sozialdemokratie, die sie als ausschließliches Druckmittel, um erneut von den bürgerlichen Parteien zur Mitregierung herangezogen zu werden. Sollte es wider Erwarten dennoch zu einer Zusammenschließung für das Kabinett Brüning heute und damit zur Reichstagsauflösung und Neuwahlen kommen, so wird die Arbeiterklasse wissen, was sie von der sozialdemokratischen Wahlparole zu halten hat.

an. Hierbei arbeiteten die Mitglieder des KPD, die jungen Antifaschisten und die jugendlichen Erwerbslosen, um die Jungarbeiter und Arbeiterbewegung für den Reichsjugendtag zu mobilisieren und die auswärtigen Gäste, die durch Dresden nach Leipzig marschierten, für die Nacht in Quartieren unterzubringen. Begleitet beschlossen die Jungarbeiter in den Betrieben, Sportvereinen und Organisationen ihre Beteiligung am Reichsjugendtag, dem Kampf der Jugendproletariats für die einheitliche Klassenfront gegen den Kapitalismus.

Gegenoffensive aus den Betrieben!

„Diese Herrschaften (die rechten Abkommandierten von Bürgern und Sozialisten, die Reichs-) sind auch per nicht alle Revolutionäre denken und handeln. Das hat natürlich die sozialdemokratische Demokratie, die dem Proletariat in der Hand gegeben hat, es ist ein Fehler, wenn sie für die Handlung der Demokratie und der Arbeiterbewegung im Reichstag ausgehen, denn in Wirklichkeit werden sie in jedem Moment, gefährlichen Augenblick unversichtlich verurteilt werden.“ (W. N.)

Dresden, den 14. April.

10 Jahre sind es her, seit Lenin so den Charakter der „linken“, reformistischen Strömung, der damals noch Unabgängigen, definierte. Seitdem sind diese „Revolutionäre“ nicht nur organisatorisch in den Schoß der 2. Internationale zurückgefallen, sondern sie haben sich auch in ihrer praktischen Politik der sozialfaschistischen Praxis der Steuerung und Wästel angegeschlossen. Was von ihrem damals typisch autonomistischen Wahn übrig geblieben ist, ist die „linke“ Phrase, auch sie gesagt, revidiert, aber immer noch gefährlich genug, um die heutigen „linken“ Führer der SPD als die gefährlichsten Spieler der Sozialfaschismus erkennen und bekämpfen zu müssen. In der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung hat Lenin mehr als einmal die Arbeiter gewarnt, sich vor jenen Leuten in acht zu nehmen, die mit radikalen Worten „spielen“. Das Kriterium eines Revolutionärs und einer revolutionären Organisation ist nicht das, was sie sagen, sondern daß sie ihre revolutionären Forderungen mit ihrem praktischen Handeln in Einklang bringen.

Wie glänzend paßt dieses Mahnwort Lenins auf die gegenwärtige Lage, wie zeitgemäß ist es, den sozialdemokratischen Arbeitern diese Wahrheit zu begründen. Die SPD-Prese in Sachsen überprüft gegenwärtig in ihrer erbitterten Polemik gegen den Bürgerblock, die „linke“ Phrase des Sozialfaschismus erkennen und bekämpfen zu müssen. Das Kriterium eines Revolutionärs und einer revolutionären Organisation ist nicht das, was sie sagen, sondern daß sie ihre revolutionären Forderungen mit ihrem praktischen Handeln in Einklang bringen.

Die SPD-Führer einschließlich der „Linken“ führen nicht einmal eine parlamentarische Opposition gegen die Bürgerblockherrschaft. Selbst hier, und wie anders wäre es möglich, ist ihre „reformistische Realpolitik“ eine falsche Bundeshilfe für die Brüning und Eugenbergs. Erst recht aber entscheidet sich der Charakter ihrer „Opposition“ politisch außerhalb des Parlaments, wo sie in den verschiedenen Reichstagen und Reichstagen, in den Kommunen und im Gewerkschaftsapparat alle Niedertracht anwenden, die Entfaltung der proletarischen Gegenoffensive zu verhindern. Ihre „Opposition“ in Worten steht in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem praktischen Handeln, oder besser gesagt, sie ist eine Ergänzung ihrer sozialfaschistischen Politik, indem sie die SPD-Arbeiter an der Abwanderung zur kommunistischen Front zu verhindern trachtet. Um so größere Verantwortung lastet auf den Schultern eines jeden Kommunisten, dessen Aufgabe es ist, nicht nur die geschlossene Front von Oben bis Unten zur Vertiefung des Kampfes zu durchbrechen, sondern im Prozeß dieses Kampfes die sozialdemokratischen Arbeiter und die proletarischen Mitkämpfer des Faschismus aus der gegenwärtigen Klassenfront zu lösen und sie einzugliedern in die Kampffront unter kommunistischer Führung.

In welcher chronischen Krise sich der deutsche Kapitalismus befindet, wie unüberbrückbar der Widerspruch zwischen Kapitalanlage und Kapitalverwertung infolge der immer enger werdenden Marktrestriktionen ist, wie die Produktionsziffern, trotz der hohen Kurve der Erwerbslosigkeit, trotz Saisonbeginn, großer Geldflut und billiger Anleihebedingungen für die deutschen Kapitalisten und billiger Anleihebedingungen für die deutschen Kapitalisten in Verbindung mit der amerikanischen Wirtschaftskrise wird, diese Widersprüche noch erhöhen für die deutschen Kapitalisten gibt es keinen Versuch eines Auswegs aus ihrer Lage, als die Ursachen ihrer wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten

Verbrechen auf Verbrechen!

Die Rolle von SPD und Nazis in der Sonnabendstimmung des Reichstages

Ohne die Deutschnationalen war das Steuerprogramm der Regierung ohne Mehrheit. Aber da diese Steuern zur direkten Bezahlung des Youngplans dienen und die deutschnationalen Kleinbürger auch von ihnen arg betroffen werden, herrschte in der Eugenbergs-Fraktion sehr wenig Stimmung für die Annahme des Steuerprogramms. Um die Gefahr einer Niederlage des Bürgerblockregimes zu bannen, was die Reichstagsauflösung automatisch nach sich gezogen und die Junker vorerst um ihre Zölle gebracht hätte, veranlaßte die Regierung Steuer- und Zollprogramm und erklärte beides als ein untrennbar Ganzes. Das war ein

offener Vordienst für die Großgrundbesitzer. Und dann schiffen die Brüning-Schiffe den Eugenbergs-Mannern im letzten Moment einen besonders fetten Köder zu: „Wir werden für das Steuerprogramm im Laufe der nächsten Jahre Hunderte von Millionen einsparen!“

So rief der volksparteiliche Führer Dr. Schulz den Deutschnationalen zu: „Hundert Millionen aus den proletarischen Steuerträgern für die nationalsozialistischen Laifundamentalisten in Ostpreußen! Da gab Eugenbergs sofort die Zustimmung frei. Da stimmte die Mehrheit der Deutschnationalen, 31 Mann, für das Steuer- und Zollprogramm, während 23, unter ihnen auch Eugenbergs, dagegen stimmten.“

Der SPD-Vorstand kommandierte genau 20 sozialdemokratische Abgeordnete von der Abstimmung ab als nötig war, um der Regierung zur Mehrheit zu verhelfen.

Nie hat es etwas Schamloches gegeben. Diese Sozialfaschisten küßten den Stiefel, der sie getreten hat, und betätigten sich in der ihnen zugewiesenen Rolle als lokale Opposition und tatkräftige Förderer des Bürgerblocks hinter den Kulissen.

Nachdem so die Regierung gerettet war, folgte Schlag auf Schlag die Annahme des Vermögens- und Einkommensteuergesetzes, das bereits von der Koalitionsregierung eingebracht war, sowie des gesamten Agrarprogramms mit den Stimmen der Regierungsparteien einschließlich der Deutschnationalen, unter Führung des Bürgers. Die Erhöhung der Tabaksteuer, die ebenfalls von dem Hermann-Müller-Kabinett beantragt war, wird mit den Stimmen der Deutschnationalen angenommen, ebenso die Zuckerversteuer, 215 zu 208 Stimmen für die Biersteuer, 220 zu 204 Stimmen für die Erhöhung der Umsatzsteuer, 214 zu 204 Stimmen für die Warenhaussteuer. Und schließlich Annahme des Antrags auf baldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Vst. (lies: Großgrundbesitzer) Hilfe.

Nunmehr erfolgt unter großer Spannung die Abstimmung über die kommunistischen Anträge über Bekämpfung der Einkommen über 20.000 Mark und die Erhöhung der Körperschaftsteuer um 20 Prozent.

Für diese Bekämpfung des Reichtums erheben sich lediglich die Kommunisten; alle sozialdemokratischen, alle nationalsozialistischen Abgeordneten bleiben sitzen. Abgelehnt werden die kommunistischen Anträge auf Streichung der

Umsatzsteuer, der Bier-, Tabak-, Zuckerver- und Mineralwassersteuer.

Abgelehnt werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten die kommunistischen Forderungen zugunsten der Kleinbauern und der kommunalistische Eventualantrag, die Zollerhöhung des Jahres 1925 festzulegen. Ja, selbst der SPD-Antrag auf Erhöhung der zollfreien Einfuhrmenge für Geflügel wird mit allen Stimmen gegen die unserer Abgeordneten abgelehnt.

Ihr sollt kein billiges Fleisch haben, Arbeiter und Erwerbslose!

Die kapitalistischen Parteien wollten es nicht, die SPD und die Nazis wollten es ebensowenig. Diese beiden Parteien verlängerten ihr Sündenregister, indem sie auch den kommunistischen Antrag auf Aushebung der Lohnsteuer und für die Erhöhung der Erbschaftsteuer zu Fall brachten.

Wie die Sitzung begonnen hatte, so endete sie: Mit einem entscheidenden Hilfsdienst der SPD für den Hindenburg-König. Als das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung zur Abstimmung kam, erhielt es von 425 abgegebenen Stimmen 203. Wieder fehlte eine große Zahl sozialdemokratischer Abgeordneter.

Das Scheinoppositionelle Manöver der SPD hat mit der gründlichen Selbstenttarnung geendet. Jetzt heißt es, alle Arbeiter, die dieser Partei, wenn auch widerwillig, Gefolgschaft leisteten, vor die Frage zu stellen, ob sie den sozialfaschistischen Steigbügelhaltern des Faschismus weiter blindlings folgen wollen.

Bei uns sammelt sich die kraftvolle proletarische Opposition gegen die Regierung und die Parteien des Youngplans von den Nationalsozialisten, die in Thüringen die unsozialistischen Youngplaner eintreiben und im Reich die Wunderfälle zum Auswachen der Wertpapiere freudig bewilligen, bis zu den Sozialdemokraten. Vom kommunistischen Lager wird der Sturm zur Vernichtung des Youngplans, des Bürgerblocks und seiner SPD ausgehen.

Abmarsch nach Leipzig

Massenmobilisierung! Nur noch eine Woche bis zum Reichsjugendtag

Dresden, 14. April.

Seits vormittag 11 Uhr fand die Abschieds- und Begrüßung der erwerbslosen Jungarbeiter, die zum Reichsjugendtag Ostern nach Leipzig marschieren, auf dem Vopitz statt. Die erwerbslosen Jugendlichen marschiert mit dem KPD nach Leipzig zum Reichsjugendtag in dem Bewußtsein, es gibt nur eine Lösung, als dem immer unerträglicher werdenden Kapitalismus: der Kampf für die Diktatur des Proletariats. Die Sowjetunion, der gerastete Aufstieg des Sozialismus, sind der Jugend wie dem Gesamtproletariat leuchtendes Beispiel. Der Reichsjugendtag steht deshalb im Zeichen des einheitlichen Kampfes aller Unterdrückten und Ausgebeuteten ohne Unterschied des Alters und Geschlechts um ihre Lebensbedingungen, um die Befreiung der kapitalistischen Hölle.

Schon in der vorigen Woche fanden die Tugus der jugendlichen aus der Lausitz, die Jungpioniere von G. lig in Dresden